

Initiative „Für Freiheit und Selbstbestimmung“

Marburg, 20.04.2009 (MEDRUM) Mehr als 370 Bürger und Persönlichkeiten aus Deutschland, Österreich und der Schweiz setzen sich mit einer MEDRUM vorliegenden gemeinsamen Erklärung „Für Freiheit und Selbstbestimmung“ für die Freiheit der Rede, der Wissenschaft und der Therapie ein. Sie wenden sich damit insbesondere gegen Bestrebungen, die Redefreiheit und den wissenschaftlichen Diskurs beim „6. Internationalen Kongress für Psychotherapie und Seelsorge“ vom 20. bis 24. Mai 2009 in Marburg zu beschneiden.

Der ehemalige Richter des Bundesverfassungsgerichts, Prof. Dr. Ernst-Wolfgang Böckenförde, erklärte zu dieser Initiative:

„Ob die in der Erklärung der Initiative vertretenen Thesen und Behauptungen zutreffen, kann ich selbst nicht beurteilen. Es ist aber in einer freiheitlichen Ordnung, die Meinungs- und Wissenschaftsfreiheit gewährleistet, unerträglich, eine öffentliche Auseinandersetzung darüber zu behindern und einige Personen mit einem Redeverbot belegen zu wollen.“

Zu den Erstunterzeichnern dieser Initiative gehören der Philosoph Prof. Dr. habil. Robert Spaemann, der Staats- und Verfassungsrechtler Prof. Dr. em. Martin Kriele, die Religionsphilosophin Prof. Dr. habil. Hanna-Barbara Gerl-Falkovitz, der Direktor des Internationalen Instituts für Religionsfreiheit (Bonn, Kapstadt, Colombo), Prof. Dr. phil. Dr. theol. Thomas Schirmacher, der Weihbischof von Salzburg, Prof. Dr. Andreas Laun, Mechthild Löhr, Bundesvorsitzende der Christdemokraten für das Leben, die Publizistin Gabriele Kuby und der Bundestagsabgeordnete Norbert Geis (CSU).

Die Erklärung der Initiative im Wortlaut:

Für Freiheit und Selbstbestimmung - gegen totalitäre Bestrebungen der Lesben- und Schwulenverbände

Erneut versuchen Vertreter der Lesben- und Schwulenverbände zusammen mit Bündnis 90/ Die Grünen, die Rede-, Wissenschafts- und Therapiefreiheit zu beschränken. Der Lesben- und Schwulenverband Deutschland (LSVD) attackiert in einem Offenen Brief vom 26. März 2009 an den Oberbürgermeister der Stadt Marburg und die Universitätsleitung den „6. Internationalen Kongress für Psychotherapie und Seelsorge“, der vom 20. bis 24. Mai 2009 in Marburg stattfinden wird. Veranstalter ist die Akademie für Psychotherapie und Seelsorge e. V. (www.akademieps.de). Die Beiträge von Markus Hoffmann, „Wuestenstrom e.V.“, und Dr. Christl Ruth Vonholdt, „Deutsches Institut für Jugend und Gesellschaft (DIJG)“, die dort als Experten über die Identitätsentwicklung von Mann und Frau referieren werden, sollen verhindert werden. Die Landesmitgliederversammlung der Grünen (Hessen) schloss sich am 28. März 2009 diesen Bestrebungen an. Inzwischen wird von vielen Seiten Druck auf die Veranstalter mit dem Ziel ausgeübt, die beiden Redner nicht sprechen zu lassen.

Inzwischen richtet sich der Angriff eines neu gegründeten „Aktionsbündnisses von queeren, feministischen, antisexistischen sowie antifaschistischen Gruppen, kritischen WissenschaftlerInnen und Einzelpersonen“ bereits gegen weitere Referenten des Kongresses.

Bereits bei zwei vorhergehenden Großveranstaltungen – dem Fachkongress „Religiosität in Psychiatrie und Psychotherapie“ im Oktober 2007 in Graz und dem „Christival“ im Frühjahr 2008 in Bremen, das nur unter Polizeischutz stattfinden konnte, – ist es Vertretern und Sympathisanten solcher Verbände gelungen, das Auftreten von Markus Hoffmann bzw. von Mitarbeitern des DIJG zu verhindern. Dies geschah durch persönlichen und öffentlichen Druck auf Veranstalter und Sponsoren, durch mediale Kampagnen und Instrumentalisierung der Politik.

Solche Aktionen stellen einen Angriff auf fundamentale Freiheitsrechte dar, die in der Verfassung garantiert sind. Wieder wird versucht, die Freiheit der Versammlung, der Rede, des wissenschaftlichen Diskurses und der Wahl der Therapie zu beschneiden. Die vorgebrachten Argumente sind unwissenschaftlich und in sich widersprüchlich:

1. Niemand bestreitet die Würde von Menschen mit homosexueller Orientierung und ihre persönliche Freiheit, eine homosexuelle Lebensweise zu praktizieren. Es gibt aber Menschen, die unter ihrer sexuellen Orientierung leiden und therapeutische Hilfe suchen. Wie wissenschaftliche Untersuchungen zeigen¹⁾ birgt praktizierte Homosexualität ein erhebliches gesundheitliches und psychisches Risiko. Dazu zählen überdurchschnittliche Anfälligkeit für AIDS, Geschlechtskrankheiten, Depression, Ängste, Substanzenmissbrauch (Alkohol-, Medikamente und Drogen) und Suizidgefährdung. Das müsste Grund genug sein, jenen, die sich kritisch mit Fragen homosexueller Lebensweisen befassen wollen oder therapeutische Hilfe suchen, diese Möglichkeit auch anzubieten.
2. Es ist ein Widerspruch, wenn durch die Gender-Mainstreaming-Bewegung propagiert wird, der Mensch könne und solle sein Geschlecht und seine sexuelle Orientierung (homo-, bi- oder transsexuell) frei wählen, andererseits aber die Möglichkeit zur Veränderung von der Homosexualität zur Heterosexualität geleugnet wird und konkrete therapeutische Angebote für Menschen, die eben dies anstreben, unterdrückt werden.

International ausgewiesene Wissenschaftler und klinische Therapeuten (u. a. Prof. Dr. Robert Spitzer, Columbia Universität, und die in der Organisation NARTH vertretenen Therapeuten) bezeugen mit ihrer Arbeit, dass Veränderung einer homosexuellen Neigung möglich ist. Niemand will einen Menschen zu einem solchen therapeutischen Weg drängen. Dass aber die Lesben- und Schwulenverbände die Möglichkeit eines solchen Therapieangebots, ja sogar die wissenschaftliche Information und Auseinandersetzung unterdrücken wollen, ist eine Missachtung der Wissenschaftsfreiheit, der Meinungsfreiheit, des Leidens der betroffenen Menschen und ihres Rechts auf Selbstbestimmung. Dies darf in einem freiheitlichen Staat nicht hingenommen werden!

3. Wir protestieren dagegen, dass der LSVD mit unbewiesenen Behauptungen und verleumderischen Mitteln gegen „Wuestenstrom e.V.“ und das Deutsche Institut für Jugend und Gesellschaft vorgeht und sie medial diskreditiert. Durch Einschüchterung wird ein Klima der Angst erzeugt, das insbesondere Politiker, Journalisten, Wissenschaftler und Therapeuten zum Schweigen bringt.
4. Die Lesben- und Schwulenverbände setzen ihre partikularen Interessen mit persönlichem und öffentlichem Druck, medialem Mobbing und Verleumdung durch. Mit einem deformierten Begriff der Menschenrechte wird versucht, die kritische

Untersuchung der Risiken und Folgen praktizierter Homosexualität für den Einzelnen und die Gesellschaft als „Homophobie“ und „Hassrede“ zu kriminalisieren. Diese Fragestellungen sind aber weder von Intoleranz, noch neurotischer Angst oder gar von Hass geleitet, sondern von Verantwortung für die junge Generation und Sorge um die Zukunft der Gesellschaft.

Wir halten es aus diesen Gründen für dringend notwendig, dass

- die Agitation gegen die Veranstalter und Referenten des „6. Internationalen Kongresses für Psychotherapie und Seelsorge“, selbst wenn – wie zu erwarten – repressive Mittel eingesetzt werden, zurückgewiesen wird;
- dem Druck der Lesben- und Schwulenverbände und ihrer Verbündeten auf den Oberbürgermeister der Stadt Marburg und den Präsidenten der Marburger Philipps Universität nicht nachgegeben wird;
- alle Referenten die geplanten Veranstaltungen durchführen können und den Kongreßteilnehmern ein uneingeschränkter fachlicher Dialog ermöglicht wird.

Wir fordern alle Menschen guten Willens auf, sich dieser Erklärung anzuschließen und sich in ihrem Einflussbereich den totalitären Bestrebungen der Lesben- und Schwulenverbände zu widersetzen.

19. April 2009, die Unterzeichnenden ([Liste der Unterzeichner](#))

Zum Nachdruck freigegeben.

Weitere Information:

Informationsforum MEDRUM
Kurt J. Heinz (V.i.S.d.P.), Weinbergstr. 19, 55296 Lörzweiler
Mobil: (0151) 19 12 17 28
email: ifus@medrum.de, Internet: www.medrum.de

URL dieser Seite: <http://www.efg-hohenstaufenstr.de>